

**Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund
zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des ÖPNV
(AVV-Richtlinie Fahrzeugförderung)**

**- AVV-Richtlinie zur Verwendung der ÖPNV-Pauschale
nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW -**

Vom 04.12.2013

- Mit Stand vom 20.03.2024 -
In der Fassung der 8. Änderungssatzung

Normverlauf

Inkrafttreten der Neufassung der AVV-Richtlinie Fahrzeugförderung zum 01.01.2013 gemäß
Beschluss der Verbandsversammlung (Beschluss VV) vom 04.12.2013

Fassung gem. Beschluss VV vom 16.12.2015

Fassung gem. Beschluss VV vom 21.12.2016

Fassung gem. Beschluss VV vom 20.10.2017

Fassung gem. Beschluss VV vom 21.03.2018

Fassung gem. Beschluss VV vom 27.06.2018

Fassung gem. Beschluss VV vom 27.11.2019

Fassung gem. Beschluss VV vom 30.11.2022

Fassung gem. Beschluss VV vom 20.03.2024

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet. Gemeint ist stets sowohl die weibliche als auch die männliche Form.

1 Zuwendungszweck

Der Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) gewährt Zuwendungen zur Steigerung der Qualität im ÖPNV unter Verwendung der Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW in der gesetzlich gebotenen Höhe. Er verfolgt damit das Ziel eines attraktiven, fahrgastfreundlichen, die allgemeinen Umwelt- und Klimaschutzziele sowie die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen gewährleistenden Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Er gibt den im ÖPNV tätigen Verkehrsunternehmen durch die Gewährung von Zuwendungen Anreize, Investitionen zur Schaffung oder Haltung eines Qualitätsniveaus zu tätigen und Leistungen zu erbringen, die die Verkehrsunternehmen unter reinen Wirtschaftlichkeitsaspekten nicht bieten können. Mit der Förderung werden den Verkehrsunternehmen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen auferlegt.

2 Rechtsgrundlagen

- 2.1 Der ZV AVV gewährt Zuwendungen nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie auf der Grundlage des ÖPNVG NRW und seiner Zuständigkeit gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung des ZV AVV. Er beachtet die Vorgaben des Rechts der Europäischen Union durch eine transparente und diskriminierungsfreie Förderung von Verkehrsunternehmen und eine auf die Nettomehrkosten aus den Qualitätsanforderungen beschränkte Gewährung von Zuwendungen. Er behandelt öffentliche und private Verkehrsunternehmen gleich.
- 2.2 Die Zuwendungen zur Steigerung der Qualität im ÖPNV unter Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW werden auf der Grundlage dieser Förderrichtlinie und

Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des ÖPNV

in Übereinstimmung mit dem Beihilfenrecht der Europäischen Union auf der Grundlage der VO 1370/2007¹, bestehender Betrauungen oder der VO 360/2012² gewährt.

- 2.3 Zuwendungen an Verkehrsunternehmen, die die Voraussetzungen für die Gewährung von De-minimis-Beihilfen gemäß der VO 360/2012 erfüllen, werden unter Beachtung der besonderen Hinweis- und Erklärungspflichten gemäß Art. 3 VO 360/2012 gewährt. Sie dürfen 750.000 Euro in drei Steuerjahren nicht übersteigen, wobei De-minimis-Beihilfen, die von anderen Stellen gewährt werden, auch an verbundene Unternehmen, in die Berechnung des Höchstbetrages einbezogen werden müssen. Zuwendungen an Verkehrsunternehmen außerhalb der VO 360/2012 werden im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags in Form eines Zuwendungsverhältnisses nach dieser Förderrichtlinie gewährt; dieser öffentliche Dienstleistungsauftrag beinhaltet keine Verpflichtung zur Erbringung von Verkehrsleistungen als Unternehmer im Linienverkehr nach §§ 42, 43 oder nach Artikel 2 Nr. 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) im Gebiet des ZV AVV.
- 2.4 Die Gewährung von Zuwendungen erfolgt unter der Bedingung einer Zuweisung der erforderlichen Finanzmittel durch das Land NRW.
- 2.5 Ein Anspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Der ZV AVV entscheidet über die Gewährung von Zuwendungen nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Sobald die Rechts- und Finanzierungsgrundlagen für die Förderung feststehen, wird er die verfügbaren Haushaltsmittel für ein Kalenderjahr möglichst bis Ende Januar des Förderjahres auf der Internetseite des Aachener Verkehrsverbundes [www.avv.de] veröffentlichen, einschließlich der Aufteilung auf die Verbandsmitglieder und dem Vorhabensplan gemäß Nr. 7.3.
- 2.6 Die vom Land NRW zugewiesenen Finanzmittel werden auf die Verbandsmitglieder des ZV AVV unter Beachtung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung vom 18.12.2012 (einschließlich

¹ Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates, ABl. L 315/1 v. 3. Dezember 2007.

² Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen, ABl. L 114/8 v. 26. April 2012.

Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des ÖPNV

Nachfolgeregelung) aufgeteilt und im Rahmen dieser Förderrichtlinie verwendet. Die vorgenannten Beträge erhöhen sich jeweils durch Zinseinnahmen gemäß § 11 Abs. 3 ÖPNVG NRW – sofern im Zuwendungsbescheid vom Land NRW keine anderen Regelungen getroffen werden – sowie durch von Verkehrsunternehmen zurückgezahlte Mittel entsprechend der Regelungen nach § 11 Abs. 4 ÖPNVG NRW. Die Mittel zur Förderung der Verbandsmitglieder und der Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) gemäß Nr. 10 werden vorab abgezogen. Die verbleibenden Haushaltsmittel werden unter Beachtung der Aufteilung nach Satz 1 vorrangig für die Fördergegenstände gemäß Nrn. 3.1 und 3.2 (Fahrzeugförderung) verwendet. Werden die Haushaltsmittel durch die Fahrzeugförderung nicht aufgebraucht, werden sie für den Fördergegenstand gemäß Nr. 3.4 (Servicequalität) verwendet. Übersteigen die beantragten Zuwendungen die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, erfolgt eine anteilige Förderung.

- 2.7 Die Vorhaben (Fahrzeugbeschaffung) werden aus den dem ZV AVV von seinen Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellten Finanzmitteln (Nr. 2.6) anteilig gefördert. Die prozentualen Anteile der Verbandsmitglieder an der Zuwendung bemessen sich nach der im Gebiet eines Verbandsmitgliedes insgesamt erbrachten Fahrplanleistung des antragstellenden Verkehrsunternehmens gemäß Nr. 3.3.4 im Verhältnis zur Gesamtfahrplanleistung im Gebiet des ZV AVV. Für die Fahrplanleistung ist das Vorvorjahr des Förderjahres maßgeblich (Basisjahr); in begründeten Einzelfällen (bspw. bei erheblichen Veränderungen oder der Neuaufnahme von Leistungen) kann der ZV AVV die Ermittlung der Förderanteile auf der Grundlage eines abweichenden Zeitraums vornehmen. Übersteigt der auf ein Verbandsmitglied entfallende Zuwendungsanteil die diesem zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, erfolgt eine anteilige Förderung. Für die Antragsprüfung und das Verwendungsnachweisverfahren im Verhältnis zu Aufgabenträgern außerhalb des Gebietes des ZV AVV soll das Verbandsmitglied federführend sein, auf dessen Gebiet der Antragsteller im Basisjahr den größten Anteil seiner Fahrplanleistung erbracht hat. Für Maßnahmen gemäß Nr. 3.4 kann der ZV AVV einen abweichenden Schlüssel anwenden oder eine direkte Zuordnung zu einem Verbandsmitglied vornehmen.

- 2.8 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen, den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die Unwirksamkeit, die Rücknahme oder den Widerruf des Zuwendungsbescheides, die Rückforderung und Verzinsung der gewährten Zuwendung gelten die LHO NRW und die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO NRW mit ihren Anlagen in ihrer jeweils gültigen Fassung, soweit in dieser Förderrichtlinie keine abweichenden Bestimmungen getroffen werden, und das VwVfG NRW.
- 2.9 Der ZV AVV kann eine Förderung nach dieser Richtlinie auch auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrags mit einem Verkehrsunternehmen gewähren, insbesondere, wenn dies zur längerfristigen Absicherung von Maßnahmen sachgerecht ist.
- 2.10 Für das Zuwendungsverfahren sind die Muster der Anlagen dieser Förderrichtlinie und weitere vom ZV AVV erlassene Anlagen, die Gegenstand eines Zuwendungsbescheids sind, verbindlich. Die Förderrichtlinie wird als Satzung erlassen und bekannt gemacht.
- 2.11 Gemäß § 16 Abs. 7 ÖPNVG NRW unterliegt die Verwendung der Mittel der Prüfung durch den Landesrechnungshof NRW.

3 Gegenstand der Förderung, Art und Umfang der Zuwendungen

- 3.1 Qualitätsstandards von Fahrzeugen
- 3.1.1 Gegenstand der Förderung ist der Einsatz von Fahrzeugen mit Ausstattungen gemäß Anlage 1, die zum Zeitpunkt der Beschaffung (Abschluss des Kaufvertrages) aktuell und für die folgenden zwei Jahre nicht durch Rechtsvorschriften geboten sind sowie die Betriebsmehrkosten dieser Ausstattungen. Die Ausstattungen werden unterschieden nach obligatorischen Ausstattungen gemäß Anlage 3, die Fördervoraussetzung sind, und fakultativen Ausstattungen gemäß Anlage 1.
- 3.1.2 Die Förderung erfolgt im Wege der Anteilfinanzierung mit Bemessungsgrundlage als nicht rückzahlbarer Zuschuss für die Beschaffung von Neufahrzeugen mit förderfähigen Ausstattungen. Die Höhe der Zuwendungen ist in der Anlage 1 für die einzelnen Ausstattungen und Fahrzeugtypen ausgewiesen. Die Zuwendungen sind so bemessen, dass sie höchstens 80 % der durchschnittlichen Anschaffungskosten der einzelnen Ausstattungen abdecken.

Die Betriebsmehrkosten (Instandhaltung, Treibstoff) werden als pauschalisierte Zuschläge gefördert und als Einmalbetrag abgegolten und sind in den Fördersätzen gemäß Anlage 1 bereits enthalten. Der Prozentsatz ist von 80 auf 70 zu mindern, wenn die geförderten Fahrzeuge weniger als 90 %, aber mindestens zu 80 % gemäß Nr. 3.3.4 eingesetzt werden und von 70 % auf 60 % zu mindern, wenn die geförderten Fahrzeuge weniger als 80 %, aber mindestens zu 70 % gemäß Nr. 3.3.4 eingesetzt werden. Das Verkehrsunternehmen hat in seiner Antragstellung die Einsatzquote anzugeben. Eine beschiedene Förderhöhe kann nachträglich nicht mehr angepasst werden; eine Rückforderung der Zuwendung bei Unterschreiten der Einsatzquote bleibt unberührt.

3.2 Durchschnittsalter der Fahrzeuge

3.2.1 Gegenstand der Förderung ist ein niedriges durchschnittliches Fahrzeugalter der von einem Verkehrsunternehmen im Linienverkehr des ZV AVV eingesetzten Fahrzeuge.

3.2.2 Die Förderung hat zur Voraussetzung, dass das Verkehrsunternehmen mit Unternehmerstatus gemäß § 3 PBefG mindestens 50 % seiner jährlichen Betriebsleistung in Fahrplankilometern oder Fahrplanstunden im Gebiet des ZV AVV mit Fahrzeugen erbringt, die höchstens 96 Monate alt sind; die Auftragsverkehre sind Bestandteil der Betriebsleistung. Für das Fahrzeugalter ist das Datum der Erstzulassung und der 01.01. des Förderjahres für bereits zugelassene Fahrzeuge maßgeblich. Unterschreitet das Verkehrsunternehmen den Mindestwert, so ist es verpflichtet, die fahrzeugbezogene Förderung anteilig zurückzuzahlen. Zur Ermittlung des Rückzahlungsbetrages ist der geringere Prozentsatz einer Unterschreitung (Fahrplankilometer- oder Fahrplanstundenunterschreitung) auf den im Jahr des Unterschreitens noch in der Zweckbindung befindlichen jahresanteiligen Zuwendungsbetrag der Förderung gemäß Nrn. 3.1 und 3.2 anzuwenden.³ Die Rückzahlungspflicht trifft nur geförderte Verkehrsunternehmen mit Unternehmerstatus gemäß § 3 PBefG sowie gleichgestellte Unternehmen gemäß Nr. 4 Satz 2.

³ Beispiel: 20 geförderte Busse mit einer Zuwendungssumme von 800.000 Euro, verteilt auf 10 Jahre = 80.000 Euro jahresanteiliger Zuwendungsbetrag. Unterschreitung der 50 % um 2 %-Punkte = 48 %. Der Wenigereinsatz beträgt 4 % (2/50) und damit der Rückzahlungsbetrag 3.200 Euro.

Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des ÖPNV

- 3.2.3 Der ZV AVV kann für Auftragsverkehre vereinfachte Nachweise für die jährliche Betriebsleistung zulassen.
- 3.2.4 Die Förderung erfolgt im Wege der Anteilfinanzierung mit Bemessungsgrundlage als nicht rückzahlbarer Zuschuss für die Beschaffung von Neufahrzeugen. Die Höhe der Zuwendungen bemisst sich nach dem AfA-Mehraufwand wegen verkürzter Nutzungsdauern und ist in der Anlage 2 für die einzelnen Fahrzeugtypen ausgewiesen. Die Höhe der Zuwendungen wird gemäß Anlage 2 gemindert, wenn die geförderten Fahrzeuge weniger als 90 % gemäß Nr. 3.3.4 eingesetzt werden. Das Verkehrsunternehmen hat in seiner Antragstellung die Einsatzquote (90 %, 80 % oder 70 %) anzugeben. Eine beschiedene Förderhöhe kann nachträglich nicht mehr angepasst werden; eine Rückforderung der Zuwendung bei Unterschreiten der Einsatzquote bleibt unberührt.
- 3.3 Gemeinsame Vorschriften zur Fahrzeugförderung gemäß Nrn. 3.1 und 3.2
- 3.3.1 Als Fahrzeuge gelten auf ein Verkehrsunternehmen zugelassene Stadt-Niederflur-Linienbusse, Überland-Niederflur-Linienbusse, Niederflur-Gelenk-Linienbusse, Niederflur-Doppelgelenkbusse, Großraum-Niederflur-Linienbusse, Großraum-Niederflur-Gelenk-Linienbusse, Doppeldecker-Niederflur-Linienbusse, Niederflur-Midi-Linienbusse, Linien-Kleinbusse sowie Busanhänger für die Personenbeförderung gemäß Definition der Anlage 2. In Zweifelsfällen der Zuordnung sind ergänzend die Rahmenempfehlungen des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen heranzuziehen.
- 3.3.2 Als Beschaffung gilt der Kauf neuer Fahrzeuge oder der Kauf neuwertiger Fahrzeuge, die nicht älter als sechs Monate sind (Erstzulassung) und eine Laufleistung von höchstens 20.000 Kilometern aufweisen.
- 3.3.3 Eine Förderung erfolgt grundsätzlich nur für Niederflurfahrzeuge mit technischem Ausstattungsstandard gemäß Anlage 3. Die obligatorischen Ausstattungen gemäß Nr. 3.1.1 und Anlage 3 sind auch Voraussetzung für die Förderung gemäß Nr. 3.2. Technische Ausstattungsstandards der Anlage 3, die nicht durch Rechtsvorschriften geboten sind, werden entsprechend Nr. 3.1.2 gefördert. Die Höhe der Zuwendungen ist in der Anlage 1 ausgewiesen.

Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des ÖPNV

Zuwendungen für obligatorische Ausstattungsmerkmale sind in den Zuwendungen für förderfähige Fahrzeuge gemäß Anlage 2 enthalten und haben die Förderbeträge aufgrund des AfA-Nachteils bereits erhöht.

3.3.4 Die geförderten Fahrzeuge müssen jährlich zu mindestens 90 %, bei Minderung des Prozentsatzes der Förderung gemäß Nr. 3.1.2 Satz 5 zu mindestens 80 % oder 70 %, für Fahrplanleistungen im Linienverkehr nach §§ 42, 43 PBefG bzw. nach Artikel 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung EWG Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelungen), wenn diese Linienverkehre für die Allgemeinheit geöffnet sind, im Gebiet des ZV AVV eingesetzt werden.
⁴ Die Linienverkehre müssen mit den Vorgaben der Nahverkehrspläne der jeweils betroffenen Verbandsmitglieder des ZV AVV übereinstimmen.

3.3.5 Die Zweckbindung der geförderten Fahrzeuge beträgt 10 Jahre oder 600.000 Kilometer. Für Linien-Kleinbusse beträgt sie 7 Jahre oder 300.000 Kilometer. Die zeitliche Bindung beginnt mit dem 01. Juli des Jahres, in dem das Fahrzeug auf den Zuwendungsempfänger zugelassen wurde, die laufleistungsbezogene mit der Inbetriebnahme des Fahrzeuges.

3.3.6 Die auf in Zweckbindung befindlichen Fahrzeugen angebrachte Werbung darf nicht gegen die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen oder den Interessen des ÖPNV zuwiderlaufen.

3.4 Servicequalität

3.4.1 Gegenstand der Förderung ist die Verbesserung der Servicequalität im Linienverkehr gemäß Nr. 3.3.4. Insbesondere werden gefördert:

- a) Vorhaltung von Mobilitätszentralen gemäß des Nahverkehrsplans des jeweils betroffenen Verbandsmitglieds,
- b) Sonder- oder Zusatzformen der Fahrgastinformation,
- c) Maßnahmen für Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM),
- d) Schulungen des Fahrpersonals über das rechtlich gebotene Maß hinaus,
- e) Marketingmaßnahmen,
- f) Marktforschungsprojekte,

⁴ "Der Einsatz im Linienverkehr schließt notwendige Einsatz-, Umsetz- und Leerfahrten mit ein."

g) fahrzeugbezogene Maßnahmen.

Andere Vorhaben können im Einzelfall gefördert werden. Eine Förderung des SPNV ist ausgeschlossen.

3.4.2 Die Förderung erfolgt im Wege der Anteilfinanzierung mit Bemessungsgrundlage bei Investitionsmaßnahmen und als Festbetragsfinanzierung mit Bemessungsgrundlage bei der Förderung laufender Betriebskosten, jeweils als nicht rückzahlbarer Zuschuss.

3.5 Kumulation, Mehrfachförderung, Überkompensationssperre, Teilförderung

3.5.1 Die Förderungen gemäß Nrn. 3.1 und 3.2 und fahrzeugbezogene Vorhaben gemäß Nr. 3.4.1 dürfen kumuliert werden.

3.5.2 Eine Förderung nach dieser Förderrichtlinie entfällt oder ist zu mindern, wenn für denselben Fördergegenstand eine weitere Förderung aus öffentlichen Kassen von dem Verkehrsunternehmen für den Förderzeitraum in Anspruch genommen wird. Hierüber hat das Verkehrsunternehmen den ZV AVV im Antrag zu informieren. Im Falle der Inanspruchnahme weiterer Fördermittel erfolgt zur Vermeidung einer Überkompensation eine Nichtgewährung oder Minderung oder Rückforderung von Zuwendungen nach dieser Förderrichtlinie. Im Regelfall ist die Überkompensation auch bei Mehrfachförderung durch eine Eigenbeteiligung von mindestens 20 % der zuwendungsfähigen Kosten auszuschließen.

3.5.3 Die Zuwendungen nach dieser Förderrichtlinie dürfen nicht als Eigenanteil für Maßnahmen genutzt werden, die mit Mitteln aus den §§ 12 und 13 ÖPNVG NRW gefördert werden.

4 Zuwendungsempfänger

Die Zuwendungen nach dieser Förderrichtlinie gemäß Nrn. 3.1 und 3.2 werden öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen gewährt, die Linienverkehre gemäß Nr. 3.3.4 im Gebiet des ZV AVV als Unternehmer gemäß § 3 PBefG oder als Auftragnehmer von Unternehmern erbringen (Auftragsverkehre). Diesen Unternehmen gleichgestellt werden Unternehmen, die mehrheitlich im Anteilseigentum eines oder mehrerer Verbandsmitglieder stehen und von einem oder mehreren Verbandsmitgliedern gemeinsam kontrolliert werden (gleichgestellte Unternehmen) und geförderte Gegenstände ausschließlich an Unternehmen gemäß

Satz 1 unter Beachtung der Fördervoraussetzungen dieser Förderrichtlinie überlassen; gleichgestellte Unternehmen sind gegenüber dem ZV AVV für die Einhaltung der Bestimmungen dieser Förderrichtlinie unmittelbar verantwortlich. Der ZV AVV kann die Übertragung geförderter Gegenstände auf gleichgestellte Unternehmen durch Bescheid auf Antrag genehmigen. Auftragnehmern sollen Zuwendungen als De-minimis-Beihilfen gewährt werden, wenn sie deren Voraussetzungen erfüllen, ansonsten als Ausgleichsleistung im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags in Form eines Zuwendungsverhältnisses nach dieser Förderrichtlinie. Zuwendungen gemäß Nr. 3.4 werden nur Unternehmen, die im Gebiet des ZV AVV einen Unternehmerstatus gemäß § 3 PBefG innehaben, sowie gleichgestellten Unternehmen gemäß Satz 2 gewährt.

5 Bewilligungsvoraussetzungen

Zuwendungen dürfen nur unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden:

- a) Nachweis, dass das Unternehmen Linienverkehre nach §§ 42, 43 PBefG oder nach Artikel 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung EWG Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) im Gebiet des ZV AVV betreibt oder für ein solches als Auftragnehmer tätig ist. Auftragnehmer haben ihren Förderanträgen entsprechende Fahraufträge beizufügen.
- b) Nachweis eines Unternehmerstatus gemäß § 3 PBefG bzw. eines gleichgestellten Unternehmens nach Nr. 4 Satz 2 bei nach Nr. 3.4 beantragter Förderung,
- c) Anwendung des Verbundtarifs des AVV, des NRW-Tarifs und – sofern zutreffend – der Verbundtarife des VRS und des VRR und die „Beförderungsbedingungen für die Verbund- und Gemeinschaftstarife in Nordrhein-Westfalen und den NRW-Tarif“ einschließlich tariflicher Maßnahmen in Umsetzung von § 6 Abs. 3 ÖPNVG NRW in der jeweils gültigen Fassung,
- d) Antragstellung gemäß Muster der Anlage 4 dieser Förderrichtlinie,
- e) Erreichung einer Mindesthöhe des Förderbetrags je Zuwendungsbescheid von 1.500 Euro,
- f) Anmeldung zum und Aufnahme in den Vorhabensplan gemäß Nr. 7.3 (Abweichungen von einer Anmeldung im Antrag können im Einzelfall bei sachlicher Rechtfertigung zugelassen werden),
- g) Erklärung zur Subventionserheblichkeit, zu den subventionsrechtlichen Pflichten und zur Strafbarkeit.

6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 Verkehrsunternehmen, die glaubhaft machen können, dass Fahrzeuge, die mindestens zu 20 % für Fahrplanleistungen gemäß Nr. 3.3.4 im Gebiet des ZV AVV eingesetzt werden, den Anteil von mindestens 70 % gemäß Nr. 3.3.4 nicht einhalten können, können auf Antrag entsprechend Nr. 3.1 und Nr. 3.2 gefördert werden. Der ZV AVV entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen unter Beachtung der verkehrlichen Bedeutung der Fahrplanleistung für den Verbundverkehr. Er setzt eine angemessene Zuwendungshöhe fest. Die Bestimmungen dieser Satzung sind anzuwenden.
- 6.2 Zur Wahrung der Zweckbindung darf ein geförderter Gegenstand, abweichend von den ANBest-P, an ein Verkehrsunternehmen verkauft werden, das die Fördervoraussetzungen, insbesondere gemäß Nrn. 3.3.4, 4 und 6.8 zum Zeitpunkt des Verkaufs erfüllt und die zuwendungsrechtliche Stellung des originären Zuwendungsempfängers übernimmt. Diese Übernahme ist zum Gegenstand des Kaufvertrags zu machen, der dem ZV AVV im Entwurf zur Prüfung vorzulegen ist. Der ZV AVV erlässt einen Zuwendungsbescheid an das kaufende Verkehrsunternehmen. Dem ZV AVV ist der Verkauf unter Vorlage einer Kopie des Kaufvertrages anzuzeigen. Die Vermietung eines geförderten Gegenstands an ein Verkehrsunternehmen, das die Fördervoraussetzungen gemäß Nrn. 3.3.4 und 4 im Zeitpunkt der Vermietung erfüllt, ist dem ZV AVV vorab schriftlich anzuzeigen. Die gewährte Förderung ist bei der Bemessung der Miete/Pacht angemessen zu berücksichtigen. Die Einbeziehung der um die Zuwendung geminderten Abschreibungsrate in die Kalkulation ist dem ZV AVV nachzuweisen. Der ZV AVV kann die Vorlage der Entwürfe der Miet-/Pachtverträge für die betreffenden Fahrzeuge verlangen, um die Einhaltung der Fördervoraussetzungen zu prüfen. Die Bedingungen und Auflagen des Zuwendungsbescheids sind dem Mieter im Miet-/Pachtvertrag aufzuerlegen – es haftet gegenüber dem Zweckverband AVV jedoch ausschließlich der Vermieter als Zuwendungsempfänger.
- 6.3 Ein gefördertes Fahrzeug darf abweichend von den ANBest-P zu Finanzierungszwecken (Sale-and-lease-back) an einen Eigentümer verkauft werden, der kein Verkehrsunternehmen oder Auftragnehmer im Sinne von Nr. 4 ist, wenn die Fördervoraussetzungen für das Fahrzeug, insbesondere gemäß Nr. 3.3, auf der Grundlage einer Nutzungsüberlassung an

den Verkäufer und Zuwendungsempfänger erfüllt werden, für deren Einhaltung der Zuwendungsempfänger verantwortlich ist. Verkaufsfälle nach dieser Bestimmung sind dem ZV AVV unverzüglich unter Nennung des Käufers mitzuteilen. Der ZV AVV kann die Vorlage der Verträge eines Sale-and-lease-back-Geschäftes verlangen, um die Einhaltung der Fördervoraussetzungen zu prüfen. Der Zuwendungsempfänger wirkt darauf hin, dass Nr. 6.5 vom Käufer beachtet wird.

- 6.4 Auf Antrag kann einer Aufspaltung von Unternehmen in eine Besitz- und Betriebsgesellschaft unter Belassung der Fördermittel zugestimmt werden, wenn
1. das geförderte Fahrzeug von der Besitzgesellschaft (Zuwendungsempfängerin) ausschließlich an die Betriebsgesellschaft vermietet oder verpachtet wird (im Falle einer weiteren Aufspaltung in Reise- und Linienbetriebsgesellschaft wäre eine Vermietung/Verpachtung an die Reisebetriebsgesellschaft ausgeschlossen),
 2. die Bedingungen und Auflagen im Zuwendungsbescheid im Miet-/Pachtvertrag der Betriebsgesellschaft auferlegt werden – es haftet jedoch ausschließlich die Besitzgesellschaft, und
 3. die gewährte Förderung bei der Bemessung der Miete/Pacht angemessen berücksichtigt wird (Einbeziehung nur der um die Zuwendung geminderten Abschreibungsrate in die Kalkulation).

Eine vorgesehene Inanspruchnahme dieser Bestimmung ist dem ZV AVV vorab schriftlich mitzuteilen. Der ZV AVV kann die Vorlage der Entwürfe der Miet-/Pachtverträge für die betreffenden Fahrzeuge verlangen, um die Einhaltung der Fördervoraussetzungen zu prüfen.

- 6.5 Im Falle der Insolvenz eines Zuwendungsempfängers ist ein geförderter Gegenstand zuerst demjenigen Verkehrsunternehmen zum Kauf anzubieten, das die Verkehre des Zuwendungsempfängers fortführt. Ansonsten ist nur ein Verkauf unter Beachtung von Nr. 6.2 statthaft.
- 6.6 Im Falle der Sicherungsübereignung eines geförderten Gegenstands ist dem Sicherungsnehmer die Auflage zu machen, den Gegenstand vorrangig gemäß Nr. 6.2 zu verwerten.
- 6.7 Die nach dieser Förderrichtlinie gewährten Zuwendungen sind Subventionen im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz NRW.

- 6.8 Zuwendungen werden nur solchen Verkehrsunternehmen bewilligt, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert erscheint und die in der Lage sind, die Verwendung der Mittel bestimmungsgemäß nachzuweisen (Nr. 1.2 der VV zu § 44 LHO). Die Bewilligungsvoraussetzungen werden anhand von § 2 PBeZugV geprüft. Zur Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit werden die folgenden Prüfkriterien herangezogen:
- a) Eigenkapitalausstattung,
 - b) Cash-Flow als Innenfinanzierungspotential,
 - c) Liquidität zweiten Grades.

Erfüllt das Verkehrsunternehmen alle vorgenannten Kriterien in angemessener Weise, ist die Förderwürdigkeit gegeben. Bei Nichterfüllung einzelner oder aller Kriterien sind zusätzliche Prüfhandlungen erforderlich. Auf der Grundlage aller vom Verkehrsunternehmen vorgelegten Unterlagen ist festzustellen, ob die Gesamtfinanzierung der beantragten Fördermaßnahme durch das Verkehrsunternehmen nach Maßgabe der Nr. 1.2 VV zu § 44 LHO als gesichert angesehen werden kann. Zur Sicherung einer eventuellen Rückzahlungsverpflichtung sind vom Antragsteller auf Verlangen des ZV AVV eine bzw. mehrere Bankbürgschaften vorzulegen. Die Anzahl der vorzulegenden Bürgschaften richtet sich nach der Anzahl der Fahrzeuge, für die vom Antragsteller eine Förderung beantragt wurde. Für jedes Fahrzeug ist eine eigene Bürgschaft in Höhe der für das Fahrzeug gewährten Zuwendung vorzulegen. Bei Antragstellern, die sich überwiegend in öffentlicher Hand befinden, gilt der Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als erbracht. Die oben genannte Prüfung bzw. die Vorlage einer bzw. mehrerer Bankbürgschaften ist in diesen Fällen entbehrlich. Der ZV AVV verlangt zur Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die Vorlage einer Bescheinigung eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder eines Steuerberaters, die das antragstellende Verkehrsunternehmen auf eigene Kosten beibringt. Sollte die Vorlage einer bzw. mehrerer Bürgschaften notwendig sein, kann ab dem auf das Förderjahr folgenden Jahr eine erneute Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vom Fördernehmer beantragt werden. Dazu sind bis spätestens zum 30.06. des Jahres erneut die vollständigen Unterlagen zur Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einzureichen. Die Unterlagen müssen dabei aktuell sein, bzw. müssen sich auf

den Jahresabschluss des Jahres beziehen, das dem Jahr der erneuten Prüfung vorausgeht. Nach dem 30.06. eingegangene Unterlagen zur Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit können nicht mehr berücksichtigt werden.

- 6.9 Bei Zuwendungen an Auftragnehmer für Fahrzeuge im Auftragsverkehr ist durch diese sicher zu stellen, dass Zuwendungen bei der Bemessung der Auftragsvergütung entsprechend mindernd berücksichtigt werden.
- 6.10 Der ZV AVV ist berechtigt, die nach dieser Förderrichtlinie gewährten Zuwendungen in seinem Jahresbericht gemäß Art. 7 Abs. 1 VO 1370/2007 zu veröffentlichen. Zuwendungsempfänger können sich insoweit nicht auf eine Vertraulichkeit bzw. Geheimhaltung berufen.
- 6.11 Mit der Antragstellung erklärt sich das Verkehrsunternehmen damit einverstanden, dass der ZV AVV im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit den Namen des geförderten Verkehrsunternehmens sowie Höhe und Zweck der Zuwendung bekannt gibt und den Fördergegenstand für Foto-, Film- und Tonaufnahmen zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des ZV AVV oder der AVV GmbH zur Verfügung stellt.
- 6.12 Nach dieser Richtlinie geförderte Fahrzeuge müssen deutlich sichtbare AVV-Logos nach Vorgabe des ZV AVV tragen.

7 Verfahren

- 7.1 Eine Zuwendung wird nur auf Antrag gewährt. Anträge auf Gewährung einer Zuwendung sind beim ZV AVV als Bewilligungsbehörde (Zweckverband Aachener Verkehrsverbund, Geschäftsstelle, Neuköllner Straße 1, 52068 Aachen) bis zum 31.03. des Förderjahres vollständig und prüffähig zu stellen. Später eingegangene Anträge oder Antragsänderungen, die die beantragte Förderung erhöhen, können nicht mehr berücksichtigt werden. Der ZV AVV bestätigt schriftlich den Eingang eines Antrags. Die Unterlagen zur Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind bis spätestens zum 30.09. des Förderjahres im Original beim ZV AVV einzureichen. Später eingegangene Unterlagen zur Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit können nicht mehr berücksichtigt werden.

7.2 Bescheide zur Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns (Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns nach Nr. 1.3 VV zu § 44 LHO NRW gemäß dem Musterbescheid nach Anlage 6) werden nur auf begründete schriftliche Anträge erlassen. Voraussetzung ist ein Antrag gemäß Nr. 7.1. In Anträgen auf Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist aufzuführen, für welche Teilmaßnahme(n) die Genehmigung benötigt wird.

Nach Erhalt des Bescheids zur Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist das Verkehrsunternehmen berechtigt, auf eigenes Risiko eine Bestellung des antragsgegenständlichen Investitionsgegenstands vorzunehmen (Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns nach Nr. 1.3 VV zu § 44 LHO NRW). Die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns begründet keinen Anspruch auf die Gewährung einer Zuwendung und gilt nur unter der auflösenden Bedingung, dass mit der Maßnahme innerhalb von 12 Monaten nach Zugang des Bescheids begonnen wurde. Der Zeitpunkt der Inanspruchnahme dieser Zustimmung ist dem ZV AVV mitzuteilen.

Eine eventuelle spätere Förderung ist nur dann möglich, wenn

- a) diese AVV-Richtlinie zur Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW inklusive Anlagen, insbesondere der als Anlage 3 zur Richtlinie gehörende AVV-Kriterienkatalog zur Fahrzeugförderung mit seinen erhöhten Anforderungen sowie die Nebenbestimmungen und Besonderen Nebenbestimmungen im Musterbescheid und
- b) die ANBest-P / NBest-Bau

in der jeweils aktuellen Fassung bereits ab der Vergabe von Aufträgen unter Inanspruchnahme der Zustimmung zur Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns beachtet werden.

7.3 Eine geplante Fahrzeugbeschaffung gemäß den Nrn. 3.1 oder 3.2 oder eine Maßnahme gemäß Nr. 3.4 (zusammen Vorhaben) ist von dem Verkehrsunternehmen bis zum 30.11. des dem Jahr zur Umsetzung des Vorhabens (Förderjahr) vorausgehenden Jahres beim ZV AVV anzumelden. Hierfür ist das Muster der Anlage 5 zu verwenden. Der ZV AVV erfasst die ordnungsgemäß und vollständig angemeldeten Vorhaben in einem Vorhabensplan. Die

Aufnahme eines Vorhabens in den Vorhabensplan begründet keinen Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung.

- 7.4 Ist nach Ablauf der Antragsfrist gemäß Nr. 7.1 ersichtlich, dass die für das Förderjahr verfügbaren Haushaltsmittel des ZV AVV nicht aufgebraucht werden, teilt er dies auf seiner Internetseite mit und gewährt eine Nachfrist für die Stellung von Anträgen nach dieser Förderrichtlinie.
- 7.5 Die Bewilligung der Zuwendung erfolgt durch einen schriftlichen Zuwendungsbescheid.
- 7.6 Bestandteil des Zuwendungsbescheids sind die Bestimmungen dieser Förderrichtlinie und die ANBest-P, die weitere Bedingungen und Auflagen zum Zuwendungsbescheid enthalten, deren Nichtbeachtung zur Rücknahme oder zum Widerruf des Zuwendungsbescheids führen kann.
- 7.7 Der Zuwendungsempfänger hat dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm abgerufenen Fördermittel innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden. Ist dies nicht zu erreichen, so hat der Zuwendungsempfänger den ZV AVV hiervon in Kenntnis zu setzen. Soweit abgerufene Zuwendungsbeträge nicht innerhalb der Frist von zwei Monaten zweckentsprechend verwendet bzw. zurückgezahlt werden, können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen in Höhe von 3 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz jährlich verlangt werden.

8. Verwendungsnachweisverfahren, Überkompensationsverbot, -prüfung und -korrektur

- 8.1 Der ZV AVV verlangt Verwendungsnachweise nach dieser Förderrichtlinie nach seinen Vorgaben. Zum Nachweis von Beschaffungen und der Einhaltung der Voraussetzungen und Zweckbindungen gemäß Nrn. 3.1.1, 3.2.2, 3.3.4 und 3.3.5 hat der Zuwendungsempfänger bis zum 30.06. des dem Förderjahr folgenden Jahres einen Verwendungsnachweis nach vorgegebenem Muster vorzulegen. Der ZV AVV ist berechtigt, auch ohne konkreten Prüfanlass, die Richtigkeit der Angaben des Verwendungsnachweises, der Fahrzeugliste nach Nr.

8.2 oder sonstiger Nachweise durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen oder durch Inaugenscheinnahme von geförderten Gegenständen stichprobenhaft zu prüfen; er kann hierfür Beauftragte einsetzen.

Zuwendungsempfänger mit Unternehmerstatus gemäß § 3 PBefG bzw. gleichgestellte Unternehmen haben eine Fahrzeugliste nach vorgegebenem Muster vorzulegen. In der Fahrzeugliste sind die geförderten Fahrzeuge und sonstigen Fahrzeuge zur Nachweisführung gemäß Nr. 3.2.2 (Flottenalter) getrennt aufzuführen.

8.2 Ergänzend zum Verwendungsnachweis sind in Bezug auf geförderte Fahrzeuge unter anderem Kopien der Zulassungsbescheinigung Teil II, Rechnungskopien, Kopien der Zahlungsnachweise und Kopien der KFZ-Steuerbefreiung beizufügen. Zum Nachweis von Ausstattungen oder für Maßnahmen zur Förderung der Servicequalität kann der ZV AVV über Rechnungskopien und Kopien der Zahlungsnachweise hinaus gesonderte Nachweise verlangen. Näheres ist dem Zuwendungsbescheid bzw. dem Vordruck des Verwendungsnachweises zu entnehmen.

8.3 Im Zuwendungsbescheid sind darüber hinaus auch Bestimmungen über eine Rückforderung und Rückzahlung der Zuwendung enthalten. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass

- a) sich die Angaben des Antragstellers nachträglich als unrichtig erweisen,
- b) der geförderte Gegenstand innerhalb der Zweckbindung nicht zweckentsprechend verwendet wird,
- c) weitere anrechnungspflichtige Finanzierungshilfen für denselben, neu angeschafften Gegenstand gewährt werden,
- d) die Verwendung nicht fristgerecht oder nicht ordnungsgemäß nachgewiesen wird oder die Fördervoraussetzungen nachträglich entfallen.

Rückzahlungsansprüche sind mit 3 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz gemäß § 247 BGB jährlich zu verzinsen.

8.4 Die Zuwendungen nach dieser Förderrichtlinie dürfen zu keiner Überkompensation des Verkehrsunternehmens führen. Die Kontrolle, ob eine Überkompensation vorliegt, erfolgt für jedes Förderjahr im Rahmen der Überkompensationsprüfung gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW anhand der

Ergebnissituation des Verkehrsunternehmens unter Berücksichtigung der bilanziellen Behandlung der Zuwendungen. Für die Rückforderung einer Überkompensation ist die AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW anzuwenden. Für Zuwendungen, die als De-minimis-Beihilfen gemäß der VO 360/2012 gewährt werden, entfällt der Nachweis.

- 8.5 Abweichend von Nr. 8.4 können Verkehrsunternehmen, deren Linienverkehre gemäß Nr. 3.3.4 Bestandteil einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung unter Beachtung des Rechts der Europäischen Union sind (Betrabung), den Nachweis der Nicht-Überkompensation auch durch die Vorlage einer von einem Wirtschaftsprüfer testierten Ergebnisrechnung für die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung erbringen, die den Anforderungen des Anhangs der VO 1370/2007 gerecht wird.
- 8.6 Im Falle einer Überkompensation verlangt der ZV AVV die Zuwendung ganz oder teilweise zur Vermeidung einer Beihilfe einschließlich Verzinsung zurück.
- 8.7 Der ZV AVV kann auf die Nachweisführung gemäß Nr. 8.4 verzichten, wenn die Zuwendung 50.000 Euro im Förderjahr nicht übersteigt.

9 Verwendung nicht aufgebrauchter Haushaltsmittel

Werden die Haushaltsmittel des ZV AVV, die er aus den vom Land NRW zugewiesenen Finanzmitteln gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für die Förderung nach dieser Richtlinie verwenden will, durch die Antragstellungen von Verkehrsunternehmen nicht aufgebraucht, so teilt er dies seinen Verbandsmitgliedern unter Ausweis des auf jedes Verbandsmitglied entfallenden Mittelanteils mit. Diese können dann binnen einer vom ZV AVV gesetzten Frist einen Antrag auf Gewährung von Mitteln zur Finanzierung von ihnen betrauter Verkehrsleistungen im ZV AVV stellen. Der ZV AVV bewilligt seinen Verbandsmitgliedern die nicht aufgebrauchten Haushaltsmittel mit der Auflage einer Verwendung dieser Mittel für die Erbringung betrauter Verkehrsleistungen im Gebiet des ZV AVV. Der Nachweis der zweckgemäßen Mittelverwendung kann durch eine testierte Ergebnisrechnung gemäß Nr. 8.6 erbracht werden.

10 Förderung der Verbandsmitglieder und der AVV GmbH

Der ZV AVV leitet Mittel aus der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW i. V. m. § 13 Abs. 5 der Satzung des ZV AVV in Höhe von jeweils 170.000 Euro je Verbandsmitglied und somit insgesamt 680.000 Euro an die Verbandsmitglieder sowie in Höhe von jeweils 25.000 Euro je Verbandsmitglied und somit insgesamt 100.000 Euro an die AVV GmbH - höchstens jedoch insgesamt bis zu 20 % der ÖPNV-Pauschale - für Zwecke des ÖPNV weiter. Für die Verwendung der weitergeleiteten Mittel gelten die Bestimmungen dieser Förderrichtlinie nicht.

11 Anreizregelung

Das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen nach dieser Richtlinie gibt den Verkehrsunternehmen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung und der Erbringung von Personenverkehrsdiensten in ausreichend hoher Qualität. Die qualitativen Vorgaben für die Verkehrsunternehmen ergeben sich aus den Anforderungen nach dieser Richtlinie sowie aus den jeweils gültigen Nahverkehrsplänen der Verbandsmitglieder des ZV AVV. Da die Förderung der Verkehrsunternehmen nach dieser Richtlinie auf 80 % der zuwendungsfähigen Kosten beschränkt ist, tragen die Verkehrsunternehmen das Marktrisiko. Daraus resultiert ein Anreiz, die Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Unternehmens stetig zu steigern.

12 Revision

- 12.1 Der ZV AVV wird die Anlagen 1 und 3 anpassen, wenn Ausstattungen durch die Änderung von Rechtsvorschriften obligatorisch werden. Er wird die Anlagen 1 und 3 anpassen, wenn die technische Entwicklung oder Erfordernisse des Fahrgastmarktes hierzu Anlass geben.
- 12.2 Die Höhe der Zuwendungen wird der ZV AVV in gebührenden Zeitabständen daraufhin überprüfen, ob sie an die Preisentwicklung anzupassen ist.

13 Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie in der Fassung vom 20.03.2024 tritt am Tag nach der Bekanntmachung mit Wirkung ab dem 01.01.2024 Kraft.

Anlagen

- Anlage 1: Fakultative Ausstattungen (inklusive Fördersätze)
- Anlage 2: Definition der förderfähigen Fahrzeuge (inklusive Fördersätze)
- Anlage 3: Obligatorische Ausstattungen
- Anlage 4: Musterantrag
- Anlage 5: Musterformular Anmeldung Vorhabensplan
- Anlage 6: Musterbescheid Vorzeitiger Maßnahmenbeginn
- Anlage 7: Musterzuwendungsbescheid
- Anlage 8: Musterverwendungsnachweis und Fahrzeugliste

Fakultative Ausstattungen

Ausstattungsbestandteile	Fördersätze	
	(pauschalisiert 80% der Anschaffungskosten zzgl. Betriebskosten, gerundet)	
* Für übrige Gefäßgrößen und alternative Antriebstechniken werden Fördersätze individuell ermittelt		
Motor und Fahrwerk	12 m (SNL) *	18 m (NGL) *
Brennstoffzelle	Fördersatz wird individuell ermittelt	
Elektro	Fördersatz wird individuell ermittelt	
Erdgas	Fördersatz wird individuell ermittelt	
Hybrid	Fördersatz wird individuell ermittelt	
Zusatzausstattungen	12 m (SNL) *	18 m (NGL) *
Vollklimatisierung (gesamter Fahrgastraum)	40.100 €	53.500 €
Elektrisches Kühlgerät (gesamter Fahrgastraum) [pro Stück]	17.700 €	17.700 €
Fahrtzielanzeige Die Förderfähigkeit einer Fahrtzielanzeige ist nur gegeben, wenn nachweislich eine überdurchschnittlich hochauflösende Fahrtziel-Außenanzeige verbaut ist. Die Auflösung muss mind. 24 x 192 Punkte betragen, bei Einbauschächten mit Abmessungen, die die vorgenannte Auflösung nachweislich nicht erlauben, sind auch Fahrtzielanzeigen mit einer äquivalenten Auflösung förderfähig.	3.600 €	3.600 €
RBL-System "Rechnergestütztes o. rechnergesteuertes Betriebssystem" E-Ticketfähiger Bordrechner	4.800 €	4.800 €
RBL-System "Rechnergestütztes o. rechnergesteuertes Betriebssystem" Zusatzkomponenten (optische Streckenanzeigeelemente und hochqualitativer Haltestellenansage einschl. Halterungen, Befestigungsmaterial, Verkabelung u. Montage) sowie Vorrüstung / Einbau RBL-System	10.000 €	10.700 €
Fahrerschutzscheibe	1.400 €	1.400 €
TFT-Bildschirm(e) inkl. Halterung	3.000 €	3.800 €
Automatisches Fahrgastzählsystem	4.000 €	5.000 €
Videoüberwachungsanlage mit Speichersystem	2.800 €	3.600 €
LED-Fahrlicht	700 €	700 €
Ausstattung Fahrersitz (Heizung <u>und</u> Lüftung <u>und</u> Armlehne)	500 €	500 €

Definition der förderfähigen Fahrzeuge

Förderfähige Fahrzeuge	Fördersätze
Stadt-/Überland-Niederflur-Linienbusse	58.600 €
Niederflur-Gelenk-Linienbusse	81.100 €
Niederflur-Doppelgelenkbusse	individueller Fördersatz
Großraum-Niederflur-Linienbusse	individueller Fördersatz
Großraum-Niederflur-Gelenk-Linienbusse	individueller Fördersatz
Doppeldecker-Niederflur-Linienbusse	individueller Fördersatz
Niederflur-Midi-Linienbusse	individueller Fördersatz
Linien-Kleinbusse	individueller Fördersatz
Busanhänger	individueller Fördersatz

Obligatorische Ausstattungen

Zielsetzung

In Übereinstimmung mit den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft werden in diesem Kriterienkatalog wesentliche und grundsätzliche Anforderungskriterien aufgeführt, die als Voraussetzung für eine Förderung gemäß der Nrn. 3.1 und 3.2 der AVV-Richtlinie zur Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (AVV-Richtlinie) erfüllt werden müssen.

Das Verkehrsunternehmen hat schriftlich gegenüber dem Zweckverband AVV zu versichern, dass das zu fördernde Fahrzeug diese Kriterien erfüllt. Die Versicherung ist subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch.

Anforderungskriterien an Linienbusse

Förderfähig sind grundsätzlich Fahrzeuge gemäß Nr. 3.3.1 der AVV-Richtlinie. Dies sind insbesondere Linienbusse folgender Kategorien:

- 2-Achser (10- bis 13,5-m-Kategorie)
- 3- oder 4-Achser bis 15 m Länge
- Gelenkbusse
- Doppelgelenkbusse
- Midibusse (7- bis 10-m-Kategorie)
- Doppeldecker, auch bis 15 m Länge
- Kleinbusse (bis 7 m)

In begründeten Einzelfällen kann durch den ZV AVV eine individuelle Zuordnung zu einer Fahrzeugkategorie vorgenommen werden.

Grundanforderungen

Nachstehende Kriterien sind grundsätzlich zu erfüllen:

- Niederflurbauweise oder Low-Entry mit folgenden Ausstattungsmerkmalen:
 - Zwei Einstiege mit maximal 320 mm Einstiegshöhe plus 20 mm Toleranz
 - Mindestens eine fahrzeuggebundene Einstiegshilfe (fremdkraftbetätigter Hublift, fremdkraftbetätigte Rampe oder manuelle Rampe)
 - Im Bereich zwischen 1. und 2. Tür eine Fahrzeugbodenverlauf-Gestaltung ohne Querstufen
 - In Stadtlinienbussen waagerechte Haltestangen, im Niederflurteil auch im Bereich der Türen
- Erfüllung der Abgasnorm EURO VI inkl. einer deutlichen Reduzierung der Anzahl der Kleinstpartikel (durch CRT- oder vergleichbares System)
- Außenfahrgeräusch von maximal 80 dB(A), bei Schaltgetriebe von maximal 83 dB(A), nach DIN ISO 362 und DIN ISO 5130 (z.B. durch Motorraumkapselung)
- Mindestens eine doppelbreite Tür (lichte Durchgangsbreite - 1250 mm minus 50 mm Toleranz) bei Fahrzeugen über 10 m Länge
- Anfahrspiegel (§ 56 Abs. 3 Nr. 2 StVZO)

- Abbiegeassistenzsystem gemäß Nummer 2 der durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) im Verkehrsblatt vom 15. Oktober 2018 bekannt gemachten Empfehlungen („Empfehlungen zu technischen Anforderungen an Abbiegeassistenzsysteme für die Aus- und Nachrüstung an Nutzfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen und Kraftomnibussen mit mehr als neun Sitzplätzen einschließlich Fahrerplatz zur Erteilung einer Allgemeinen Betriebserlaubnis für Abbiegeassistenzsysteme“).

- Linienbeschilderung außen:
 - Linien-Nummer: Bug, rechts, Heck und links
 - Fahrtziel: Bug
 - Streckenverlauf: rechts

- Lautsprecher in Einstiegsnähe zur Linien- und Zielansage
- Geeignete optische und akustische Informationseinrichtungen zur Ankündigung der nächsten Haltestelle; es wird empfohlen, digitale Ansagegeräte mit geräuschabhängiger Lautstärkenregulierung und optische Haltestellenanzeigen einzubauen.
- Fahrscheinentwerfer
- Optische Anzeigen "Wagen hält"
- Geeignete optische Anzeige des Linienverlaufes im Fahrzeug
- Liniengerechte Bestuhlung mit ausreichenden Festhaltungsmöglichkeiten (Regelsitzabstand = 720 mm; soweit wegen technisch-konstruktiver Randbedingungen bei einzelnen Sitzen die Realisierung nicht möglich ist, kann das Maß unterschritten werden)
- Festhaltungsmöglichkeiten:
 - In Stadtlinienbussen senkrechte Haltestangen, farblich abgesetzt, mindestens an jeder zweiten Fahrgastsitzreihe (möglichst versetzt)
 - Haltegriffe an gangseitigen Fahrgastsitzen, soweit keine senkrechte Haltestange in diesem Bereich vorhanden ist
 - Waagerechte Haltestangen für Fahrzeuge im Stadtlinienverkehr über 10 m Länge
- Für Stadtlinienfahrzeuge ausreichende Anzahl von Haltewunschtasten, farblich abgesetzt, so dass diese möglichst von allen Sitzplätzen aus zu erreichen sind
- Für Überlandbusse Haltewunschtasten, farblich abgesetzt, im Türbereich
- Eine Abstellfläche für Rollstühle/Kinderwagen von mindestens 900 x 1300 mm (vgl. DIN 75077)

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der
Fahrzeugförderung gemäß § 13 der Satzung für den Zweckverband AVV**

**- Grundantrag -
Förderjahr _____**

Anschrift des Aufgabenträgers:

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund
Geschäftsstelle
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

**Zutreffendes bitte ankreuzen
bzw. Felder vollständig ausfüllen**

1. Antragsteller

Unternehmen	Ort / Datum
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Ansprechpartner	Telefon-Nummer
E-Mail-Adresse	

2. Vorhaben

2.1 Förderung eines geringen, durchschnittlichen Fahrzeugalters (Pflichtfeld)

Der Antragsteller bestätigt aufgrund der von ihm für das Förderjahr geplanten Fahrzeugeinsätze gemäß Nr. 3.3.4 der Richtlinie, dass er mindestens 50 % seiner jährlichen Betriebsleistung gemäß Nr. 3.2.2 der Richtlinie mit Fahrzeugen erbringen wird, die höchstens 96 Monate alt sind. Hiervon ausgehend werden Zuwendungen für Linienbusse wie folgt beantragt:

- _____ Stck. Stadt-Niederflur-Linienbusse
- _____ Stck. Überland-Niederflur-Linienbusse
- _____ Stck. Niederflur-Gelenk-Linienbusse
- _____ Stck. Niederflur-Doppelgelenkbusse
- _____ Stck. Großraum-Niederflur-Linienbusse
- _____ Stck. Großraum-Niederflur-Gelenk-Linienbusse
- _____ Stck. Doppeldecker-Niederflur-Linienbusse
- _____ Stck. Niederflur-Midi-Linienbusse
- _____ Stck. Linien-Kleinbusse
- _____ Stck. Busanhänger
- _____ Stck. Sonstige Linienbusse

davon _____ Stck. neue Fahrzeuge
 _____ Stck. neuwertige Fahrzeuge, die nicht älter als sechs Monate sind und eine Laufleistung von maximal 20.000 km aufweisen

2.2 Förderung der Servicequalität (nur für Unternehmen mit eigenen Liniengenehmigungen)

Für folgendes/folgende Vorhaben wird eine Förderung beantragt:

- Vorhaltung einer Mobilitätszentrale gemäß dem NVP des jeweils betroffenen Aufgabenträgers im Zweckverband AVV
- Sonder- oder Zusatzformen der Fahrgastinformation
- Maßnahmen für Elektronisches Fahrgeldmanagement
- Schulungen des Fahrpersonals über das rechtlich gebotene Maß hinaus
- Marketingmaßnahmen
- Marktforschungsprojekte
- fahrzeugbezogene Maßnahmen
- andere Vorhaben

Eine Maßnahmenbeschreibung einschließlich einer Kalkulation ist beizufügen.

2.3 Antragstellung für De-minimis-Beihilfen

- Die Zuwendung wird **als De-minimis-Beihilfe** gemäß der VO 360/2012 inkl. Nachfolgeregelungen beantragt, für die die besonderen Erklärungen in Abschnitt 7 dieses Antrags abgegeben werden.

2.4 Förderhöhe gemäß Fahrzeugeinsatz (Pflichtfeld)

Der Antragsteller geht aufgrund der von ihm für die Zweckbindung (10 Jahre oder 600.000 Kilometer bzw. bei Kleinbussen 7 Jahre oder 300.000 Kilometer gemäß Nr. 3.3.5 der Richtlinie) geplanten Fahrzeugeinsätze gemäß Nr. 3.3.4 der Richtlinie verbindlich davon aus, dass die geförderten Fahrzeuge folgende Mindestprozentsätze erfüllen werden:

- 90 % 80 % 70 %

Bei mehreren Fahrzeugen mit unterschiedlichen Prozentsätzen ist eine Aufstellung beizufügen.

2.5 Durchführungszeitraum (Pflichtfeld)

(von – bis): _____ - **30.06.20**____

(auf das Förderjahr folgende Jahr)

3. Gesamtkosten

(Angaben in EUR) **(Pflichtfeld)**

Anzahl	Fahrzeugart	Kaufpreis je Fahrzeug	Bemerkungen

Gesamtkosten: EUR _____

4. Finanzierungsplan (Angabe in TEUR)

(Pflichtfeld)	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			Bemerkungen
	Gesamt	davon in 20____	davon in 20____	
4.1 Eigenanteil				
4.2 Beantr. Zuwendung				
4.3 Leistungen Dritter				
4.4 Gesamtkosten				

Unter Punkt 4.2 ist die Summe der Förderbeträge anzugeben, die sich aus den Förderbeträgen für die beantragten Fahrzeuge und den Förderbeträgen für die beantragten Zusatzausstattungen ergibt.

Die Förderbeträge sind der Anlage 1 zur AVV-Förderrichtlinie zu § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW zu entnehmen.

5. Ermittlung der Förderanteile je Aufgabenträger

Der Betrieb erfolgt auf den in der Anlage aufgeführten Linien.

Für den Linienverkehr mit Omnibussen sind die in einer separaten Anlage aufgeführten Busse zugelassen.

Das antragstellende Verkehrsunternehmen hat im Kalenderjahr (Vorvorjahr des Förderzeitraums) die nachfolgend aufgeführten fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen nach § 42 PBefG oder Art. 2 Nr. 1.1 der VO (EWG) 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelungen) tatsächlich erbracht. (Zur Berechnung beigefügten Vordruck verwenden!)

	Gesamt	davon auf dem Gebiet				
		Stadt Aachen	StädteRegion Aachen (ohne Stadt Aachen)	Kreis Düren	Kreis Heinsberg	außerhalb des AVV
Nutzwagen-km						
Nutzwagen-Std.						

6. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass	(Pflichtfeld)
6.1 die zur Beschaffung vorgesehenen Fahrzeuge dem Kriterienkatalog für die Beschaffenheit von Linienomnibussen gemäß Anlage 3 der Richtlinie entsprechen,	
6.2 der Einsatz der Fahrzeuge gemäß Nr. 6.1 mit den Vorgaben der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger im AVV übereinstimmt,	
6.3 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Erhalt einer Bestätigung über den Antragseingang (Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns) nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzuordnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten),	
6.4 er zum Vorsteuerabzug <input type="checkbox"/> berechtigt <input type="checkbox"/> nicht berechtigt ist,	
6.5 er den Verbundtarif des AVV, den NRW-Tarif und – sofern zutreffend – die Verbundtarife des VRS und des VRR und die „Beförderungsbedingungen für die Verbund- und Gemeinschaftstarife in Nordrhein-Westfalen und den NRW-Tarif“ einschließlich tariflicher Maßnahmen in Umsetzung von § 6 Abs. 3 ÖPNVG NRW in der jeweils gültigen Fassung anwendet,	
6.6 er weitere Förderungen aus öffentlichen Kassen nicht in Anspruch nimmt bzw. diese im Falle einer Inanspruchnahme mit dieser Antragstellung differenziert schriftlich dem ZV AVV zur Kenntnis gibt,	
6.7 die ihm im Rahmen der beantragten Förderung gewährten Zuwendungen aufwandsmindernd bilanziert werden,	
6.8 die im Antrag einschließlich aller Antragsunterlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind,	
6.9 ihm bekannt ist, dass seine Angaben (einschließlich aller Antragsunterlagen) subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind,	
6.10 er bei den folgenden Aufgabenträgern außerhalb des ZV AVV einen weiteren Förderantrag für dasselbe Vorhaben gestellt hat:	
6.11 er einverstanden ist, dass die ihm nach der Richtlinie gewährten Zuwendungen im Jahresbericht des ZV AVV gemäß Art. 7 Abs. 1 VO 1370/2007 veröffentlicht werden,	

6.12 er einverstanden ist, dass der ZV AWW im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit den Namen des geförderten Verkehrsunternehmens sowie Höhe und Zweck der Zuwendung bekannt gibt und den Fördergegenstand für Foto-, Film- und Tonaufnahmen zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des ZV AWW oder der AWW GmbH zur Verfügung stellt,

6.13 er mit einer Überkompensationskontrolle nach den Nrn. 8.4 oder 8.5 der Richtlinie einverstanden ist,

6.14 er

Linienverkehre nach §§ 42 oder 43 PBefG oder nach Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung EWG Nr. 684/92 in der Fassung der Verordnung EWG Nr. 11/98 im Gebiet des ZV AWW als Unternehmer gemäß § 3 PBefG erbringt

und/oder

als Auftragnehmer Linienverkehre nach §§ 42 oder 43 PBefG oder nach Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung EWG Nr. 684/92 in der Fassung der Verordnung EWG Nr. 11/98 im Gebiet des ZV AWW für Unternehmer gemäß § 3 PBefG erbringt

7. Besondere Erklärungen zu Zuwendungen, die als De-minimis-Beihilfen gemäß VO 360/2012 inkl. Nachfolgeregelungen beantragt werden

Der Antragsteller erklärt, dass	(Pflichtfeld)
7.1 ihm bekannt ist, dass der Gesamtbetrag gewährter De-minimis-Beihilfen, unabhängig davon, wer sie gewährt und wofür sie gewährt werden und welcher Form sie sind, in drei Steuerjahren 750.000 Euro nicht übersteigen dürfen und er diesen Betrag einschl. der beantragten Förderung im Förderjahr und den beiden Steuerjahren vor dem Förderjahr nicht überschreiten wird, auch unter Einbeziehung wirtschaftlich verbundener Unternehmen gemäß Nr. 7.2,	
7.2 ihm bekannt ist, dass der Höchstbetrag von 750.000 Euro auch De-minimis-Beihilfen umfasst, die an Unternehmen gewährt werden, auf die der Antragsteller wirtschaftlich verbunden ist (verbundene Unternehmen im Sinne von § 15 AktG oder identische oder teilidentische Besetzung der Geschäftsführung),	
7.3 ihm	
<input type="checkbox"/> folgende De-minimis-Beihilfen aufgrund der VO (EU) Nr. 360/2012 inkl. Nachfolgeregelungen oder anderen De-minimis-Verordnungen gewährt wurden:	
(ggf. gesonderte Aufstellung als Anlage beifügen)	
<input type="checkbox"/> keine De-minimis-Beihilfen aufgrund der VO (EU) Nr. 360/2012 inkl. Nachfolgeregelungen oder anderen De-minimis-Verordnungen gewährt wurden	
7.4 ihm bekannt ist, dass De-minimis-Beihilfen nicht gewährt werden dürfen, wenn für dasselbe Vorhaben andere Beihilfen oder Ausgleichsleistungen gewährt werden und ihm keine anderen Beihilfen oder Ausgleichsleistungen für das beantragte Vorhaben gewährt werden und er auch keine anderen Beihilfen oder Ausgleichsleistungen für das beantragte Vorhaben beantragen wird,	
7.5 ihm die Fördergegenstände (einzugehende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen) und Zuwendungshöhen (Beihilfen in Form von Barzuschüssen) und die Richtlinie insgesamt bekannt sind und die De-minimis-Beihilfen gemäß der VO (EU) Nr. 360/2012 inkl. Nachfolgeregelungen gewährt werden.	

8. Nachweise und Anlagen

Dem Antrag sind folgende Nachweise und Anlagen jeweils im Original beigelegt:

- Aufstellung der je Fahrzeug beantragten Zusatzausstattungen
(Anlage „Förderung von Fahrzeugqualitätsstandards“)
- Aufstellung der Linienverkehre nach §§ 42 oder 43 PBefG oder nach Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung EWG Nr. 684/92 in der Fassung der Verordnung EWG Nr. 11/98 im Gebiet des ZV AVV, die als Unternehmer gemäß § 3 PBefG erbracht werden (Liniennummer, Linienverlauf, Ablaufdatum der Genehmigung)
- Aufstellung der Linienverkehre nach §§ 42 oder 43 PBefG oder nach Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung EWG Nr. 684/92 in der Fassung der Verordnung EWG Nr. 11/98 im Gebiet des ZV AVV, die als Auftragnehmer für Unternehmer gemäß § 3 PBefG erbracht werden, einschl. Kopien der Fahraufträge
- Betriebsleistungen (Fahrplankilometer und Fahrplanstunden) des eigenen Unternehmens je Aufgabenträger im Vorvorjahr des Förderjahres gemäß Muster des ZV AVV
- Aktuelles Verzeichnis des Fahrzeugbestandes
- Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen gemäß Muster des ZV AVV
- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (spätestens bis zum 30.09. des Förderjahres einzureichen):
 - Jahresabschluss für das Vorjahr und das Vorvorjahr des Förderjahres
 - Eigenkapitalbescheinigung
(Bezugnahme auf den Jahresabschluss des Jahres, das dem Förderjahr vorausgeht)
 - Unbedenklichkeitsbescheinigungen von Sozialversicherungsträgern, Berufsgenossenschaften, dem Finanzamt und der Gemeinde
(nicht älter als 3 Monate bei Antragsstellung)
 - Bescheinigung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gemäß Nr. 6.8 der Richtlinie
(Bezugnahme auf den Jahresabschluss des Jahres, das dem Förderjahr vorausgeht)

Ort/Datum _____	Rechtsverbindliche Unterschrift(en) _____
------------------------	--

Anlagen

Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen

im Zusammenhang mit der Beantragung einer Zuwendung zur Fahrzeugförderung gemäß § 13 der Satzung für den Zweckverband AVV für das Jahr 20____

Verkehrsunternehmen: _____

Mir/Uns ist bekannt, dass die beantragte Zuwendung eine Subvention im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (§ 1 Landessubventionsgesetz vom 24. März 1977 –SGV.NW 74 – i.V.m. § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 – BGBl I S. 2034 -) ist. Sie wird für die nachstehend genannte Zielsetzung (Subventionszweck) gewährt:

Zweckbestimmung ist die Förderung der Beschaffung von Fahrzeugen durch öffentliche und private Verkehrsunternehmen gem. der Richtlinie des Zweckverbandes Aachener Verkehrsverbund zu § 13 „Förderung des ÖPNV“ der Satzung für den Zweckverband Aachener Verkehrsverbund.

Bei dem vorstehend bezeichneten Subventionszweck handelt es sich um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch.

Ich/Wir habe/n von diesen gesetzlichen Bestimmungen Kenntnis genommen und bin mir/sind uns der Strafbarkeit des Subventionsbetruges bewusst.

Subventionserhebliche Tatsachen im vorgenannten Sinne sind ferner

- die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung bedeutsamen Angaben (alle Angaben im Antrag, in den Anlagen sowie den beige-fügten sonstigen Unterlagen),
- solche, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögens-übersichten oder Gutachten, des Finanzierungsplans, des Haushalts- und Wirt-schaftsplans, etwaiger Übersichten und Überleitungsrechnungen sind,
- allgemeine Regelungen nach Verwaltungsverfahrenrecht (§§ 43, 44 ,48 ,49 und 49a VwVfG NW), nach Haushaltsrecht (§ 8 Haushaltsgesetz NW) oder anderen Rechts-vorschriften, von denen die Rückzahlung der Zuwendung abhängig ist,
- gesetzliche Bestimmungen, die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines aus der Zuwendung beschafften Gegenstandes beziehen (§ 3 Abs. 2 SubvG),
- solche Sachverhalte, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungs-möglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG),
- die Bestimmungen, die sich auf die Herausgabe von Subventionsvorteilen beziehen (§ 5 SubvG)
- die Verwaltungsvorschriften zu § 44 Abs. 1 LHO und die Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid.

Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruch-nahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind (§ 3 Abs. 1 SubvG), dass nach den Voraussetzungen des § 264 StGB insbesondere bestraft werden kann, wer vorsätzlich oder leichtfertig unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

(Ort/Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift/en)

(Verkehrsunternehmen, Ansprechpartner, Telefon- u. Fax-Nr.)

Fahrplanmäßige Betriebsleistungen im Kalenderjahr _____ (Vorvorjahr d. Förderjahres!)

Unser Verkehrsunternehmen hat im Kalenderjahr _____ nachfolgende **fahrplanmäßige** Betriebsleistungen nach **§ 42 PBefG oder VO (EWG) 684/92 Art. 2 Nr. 1.1 in NRW** tatsächlich erbracht (eigene Leistungen).

- Leistungen, die **Subunternehmer** für Sie erbracht haben, sind **nicht** einzubeziehen!
- Leistungen im **Linienbedarfsverkehr** sind nur anzusetzen, wenn die Liniengenehmigung **ausschließlich auf § 42 PBefG** lautet!
- **Außerplanmäßige** Verstärkerfahrten sind **nicht** einzubeziehen!

Zweckverbands- Mitglied / Verkehrsgebiet	<u>Nutzwagen-km</u>	<u>Nutzwagen-Std.</u>
	auf Linien nach § 42 PBefG oder VO (EWG) 684/92 Art. 2 Nr. 1.1 (nur deutscher Streckenabschnitt) <u>- ohne außerplanmäßige Verstärker</u> <u>- ohne evtl. Auftragnehmer</u>	auf Linien nach § 42 PBefG oder VO (EWG) 684/92 Art. 2 Nr. 1.1 (nur deutscher Streckenabschnitt) <u>- ohne außerplanmäßige Verstärker</u> <u>- ohne evtl. Auftragnehmer</u>
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
Stadt Aachen		
Kreis Aachen		
Kreis Düren		
Kreis Heinsberg		
Verkehrsgebiete außerhalb AVV: Rhein-Erft-Kreis		
Kreis Euskirchen		
Stadt Euskirchen		
Stadt Mönchengladbach		
Kreis Viersen		
Kreis Neuss		
Summe:		

nachrichtlich: Leistung im Ausland		
--	--	--

Firmenstempel mit
Anschrift

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

zum Antrag vom _____
auf Gewährung einer Zuwendung
im Rahmen der
Fahrzeugförderung gemäß § 13
der Satzung für den ZV AVV für
das Jahr **20** _____

(Verkehrsunternehmen, Ansprechpartner, Telefonnummer)

Förderung von Fahrzeugqualitätsstandards

Bitte für jedes einzelne zur Förderung beantragte Fahrzeug eine separate Spalte ausfüllen!

Lfd. Nummer	Beispiel		1	2	3	4	5	6	7	8
	1	2								
Fahrzeugtyp	SL	NGL								
Motor und Fahrwerk										
Brennstoffzelle										
Elektro										
Erdgas										
Hybrid	X									
Zusatzausstattungen										
Vollklimatisierung (gesamter Fahrgastraum)										
Elektrisches Kühlgerät (gesamter Fahrgastraum) [pro Stück]	2	3								
Fahrtzielanzeige *		X								
RBL-System "Rechnergestütztes o. rechnergesteuertes Betriebsleitsystem"										
- E-Ticketingfähiger Bordrechner										
- Zusatzkomponenten (optische Streckenanzeigeelemente und hochqualitative Haltestellenansage einschl. Halterungen, Befestigungsmaterial, Verkabelung u. Montage) sowie Vorrüstung / Einbau RBL-System	X									
Fahrschutzscheibe										
TFT-Bildschirm(e) inkl. Halterung	X									
Automatisches Fahrgastzählsystem										
Videoüberwachungsanlage mit Speichersystem										
LED-Fahrlicht	X	X								
Ausstattung Fahrersitz (Heizung <u>und</u> Lüftung <u>und</u> Armlehne)										

Abkürzungen der Fahrzeugtypen:
SNL = Stadt-Niederflur-Linienbus, UNL = Überland-Niederflur-Linienbus,
NGL = Niederflur-Gelenk-Linienbus, NDGL = Niederflur-Doppelgelenkbus,
GNL = Großraum-Niederflur-Linienbus, GNGL = Großraum-Niederflur-Gelenk-Linienbus,
DNL = Doppeldecker-Niederflur-Linienbus, NML = Niederflur-Midi-Linienbus,
KB = Linien-Kleinbus

* Die Förderfähigkeit einer Fahrtzielanzeige ist nur gegeben, wenn nachweislich eine überdurchschnittlich hochauflösende Fahrtziel-Außenanzeige verbaut wird. Die Auflösung soll mind. 24 x 192 Punkte betragen; bei Einbauschächten mit Abmessungen, die die vorgenannte Auflösung nachweislich nicht erlauben, sind auch Fahrtzielanzeigen mit einer äquivalenten Auflösung förderfähig.

Firmenstempel mit
Anschrift

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

**Anmeldung zum Vorhabensplan gemäß Nr. 7.3 der AVV-Richtlinie zur
Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW**

Antragssteller:	Förderjahr:
------------------------	--------------------

Laufende Nummer	Fördergegenstand	Zeitpunkt/Zeitraum des Vorhabens	Geplante Kosten des Vorhabens	Zuwendungsfähige Kosten (AVV-Anteil)
Summe				

Firmenstempel mit
Anschrift

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift



Zweckverband Aachener Verkehrsverbund | Neuköllner Straße 1 | D-52068 Aachen



**Zweckverband
Aachener Verkehrsverbund**

Geschäftsstelle
Neuköllner Straße 1
D-52068 Aachen
Tel: 0241 96897-0
Fax: 0241 96897-20
✉ info@avv.de
🌐 www.avv.de

Sie erreichen uns mit den Linien 23, 30 und
47. Haltestelle: ASEAG

Bankverbindung:

Sparkasse Aachen
IBAN: DE90 39050000 0000437889
BIC: AACSD33XXX

Informationen zum Datenschutz finden Sie
unter www.avv.de/datenschutz bzw. auf
Wunsch senden wir Ihnen diese postalisch zu.

Ansprechpartner

E-Mail/Durchwahl

Dokument

Datum



Zuwendungsbescheid
(AZ.: 58.1.1/20 [redacted] [redacted]) (Projektförderung)

**Betreff: Zuwendung gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener
Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur För-
derung des ÖPNV (AVV-Richtlinie)**

Bezug: Ihr Antrag vom [redacted]

Anlagen:

- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur
Projektförderung - ANBest-P -
- Abdruck AVV-Richtlinie einschl. Anlagen 1 - 3
- Vordruck Verwendungsnachweis
- Vordruck jährlicher Kilometernachweis
- Vordruck Rechtsmittelverzicht und Mittelabruf

I.

1. Bewilligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren v. g. Antrag bewilligt der Zweckverband Aachener Verkehrsverbund
Ihnen gemäß § 13 der Satzung für den Zweckverband Aachener
Verkehrsverbund i. V. m. der Richtlinie des Zweckverband Aachener
Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des
ÖPNV für die Zeit ab 01.01.20 [redacted] bis 30.06.20 [redacted] (Bewilligungszeitraum) eine
Zuwendung in Höhe von



■	Euro	je Fahrerschuttscheibe
■	Euro	je TFT-Bildschirm inkl. Halterung
■	Euro	je automatisches Fahrgastzählsystem
■	Euro	je Videoüberwachungsanlage mit Speichersystem
■	Euro	je LED-Fahrlicht
■	Euro	je Ausstattung Fahrersitz

■	Euro	je Niederflur-Gelenk-Linienbus jeweils inkl. fakultativer Ausstattung
---	------	---

davon:

■	Euro	je Fahrzeug ohne Zusatzausstattung gem. Anlage 2 der Richtlinie
---	------	---

■	Euro	für Elektrische Kühlgeräte (je ■ Stück)
■	Euro	je Fahrtzielanzeige
■	Euro	je RBL-System (Zusatzkomponenten)
■	Euro	je Fahrerschuttscheibe
■	Euro	je 2 TFT-Bildschirme inkl. Halterung
■	Euro	je automatisches Fahrgastzählsystem
■	Euro	je Videoüberwachungsanlage mit Speichersystem
■	Euro	je LED-Fahrlicht
■	Euro	je Ausstattung Fahrersitz

4. Anteilige Finanzierung der Zuwendung durch die Verbandsmitglieder

Bei keinem der vier Verbandsmitglieder sind die Fördermittel ausreichend, um die unter Nr. 3 dieses Zuwendungsbescheides genannten Förderbeträge zu gewähren. Die Quotierung beläuft sich in der Stadt Aachen auf rd. ■ %, in der StädteRegion Aachen auf rd. ■ %, beim Kreis Düren auf rd. ■ % und beim Kreis Heinsberg auf rd. ■ %.

Auf der Basis der von Ihrem Unternehmen erbrachten und in Ihrem Antrag gemeldeten Fahrplanleistung erfolgt die Finanzierung der Zuwendung anteilig wie folgt: Stadt Aachen rd. ■ %, StädteRegion Aachen rd. ■ %, Kreis Düren rd. ■ % und Kreis Heinsberg rd. ■ %.

Bezogen auf Ihr Unternehmen ergibt sich somit in Bezug auf die in Nr. 3 genannten Beträge eine durchschnittliche Förderquote in Höhe von rd. ■ %.

⇒ ■ Stadt-Niederflur-Linienbusse à rd. ■ Euro = ■ Euro

⇒ ■ Niederflur-Gelenk-Linienbusse à rd. ■ Euro = ■ Euro

Die Gesamtzuwendung für Fahrzeuge setzt sich zusammen aus:

Anteil Stadt Aachen:	<input type="text"/>	Euro
Anteil StädteRegion Aachen:	<input type="text"/>	Euro
Anteil Kreis Düren:	<input type="text"/>	Euro
Anteil Kreis Heinsberg:	<input type="text"/>	Euro

Gesamtzuwendungshöhe: Euro

5. Bewilligungsrahmen

Von der Zuwendung entfallen auf

Ausgabeermächtigungen: bis 30.06.20 --- Euro

Verpflichtungsermächtigungen: --- Euro

davon 20__ --- Euro

Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der ausgefüllte Vordruck für den Mittelabruf bis zum beim Zweckverband AVV vorliegt. Die Bewilligungsbehörde behält sich gemäß § 49 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG NRW vor, den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn der Vordruck für den Mittelabruf nicht fristgerecht bei ihr eingeht. Der gewünschte Auszahlungszeitpunkt (spätestens 20.06.20) ist beim Mittelabruf anzugeben.

6. Auszahlung

Die Zuwendung wird aufgrund der Anforderungen nach den ANBest-P ausgezahlt.

Die Zuwendung wird auf Abruf im Rahmen der zur Verfügung stehenden Landesmittel vom Zweckverband AVV im Auftrag der entsprechenden Aufgabenträger ausgezahlt.

Hierbei wird ausdrücklich nochmals auf Ziffer 1.4 der ANBest-P verwiesen.

7. Verwendungsnachweis

Die Verwendung der Zuwendung ist gemäß Nr. 8.1 der Richtlinie bis zum **30.06.** des dem Förderjahr folgenden Jahres nach vorgegebenen Mustern, insbesondere für die Fahrzeugliste (im Excelformat) und ergänzende Unterlagen (Nr. 10 der Besonderen Nebenbestimmungen), nachzuweisen.

8. Anzuwendende Vorschriften und Allgemeine Nebenbestimmungen

Sofern die Richtlinie keine abweichenden Bestimmungen trifft, sind die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO auf das Zuwendungsverhältnis anzuwenden. Diese regeln u. a. die Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheids, Rückforderung der Zuwendung und Verzinsung (Nr. 8 der Richtlinie).

Dies gilt insbesondere für den Fall, dass

- sich die Angaben des Antragstellers nachträglich als unrichtig erweisen,
- der Fördergegenstand innerhalb der Zweckbindung nicht zweckentsprechend verwendet wird,
- weitere anrechnungspflichtige Finanzierungshilfen für denselben, neu angeschafften Fördergegenstand gewährt werden,
- die Verwendung nicht fristgerecht oder nicht ordnungsgemäß nachgewiesen wird oder die Fördervoraussetzungen nachträglich entfallen.

Rückzahlungsansprüche sind gem. § 49a VwVfG NRW zu verzinsen.

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind Bestandteil dieses Bescheids, vorrangig gelten Bestimmungen in der Richtlinie, die von den ANBest-P abweichen.

Die ANBest-P bestimmen u. a. Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers für bewilligungserhebliche Umstände und die Pflicht zur Erstattung der Zuwendung.

Für die Vergabe von Aufträgen gilt Nr. 3 der ANBest-P mit dem Hinweis, dass Nr. 3.2 Satz 2 der ANBest-P keine Gültigkeit mehr hat.

9. De-minimis-Beihilfen

Die Zuwendung wird als De-minimis-Beihilfe gemäß der VO (EU) 360/2012 (Amtsblatt der Europäischen Union L 114/9 vom 26.04.2012) einschließlich der Nachfolgeregelungen gewährt.

II.

Besondere Nebenbestimmungen

Die Richtlinie ist Bestandteil dieses Bescheides.

Abweichend oder ergänzend wird Folgendes bestimmt:

1. Für die Beantragung der Auszahlung der Zuwendung ist der beigegefügte Vordruck „Mittelabruf“ zu verwenden.
2. Die Fördergegenstände sind unverzüglich zu bestellen. Verzögerungen bei der Bestellung, bei den Lieferungs- und den Zahlungsterminen sind dem Zweckverband AVV unverzüglich anzuzeigen.
3. Die aus Mitteln dieser Zuwendung beschafften Fahrzeuge müssen alle betriebs- und typenspezifischen Zusatzeinrichtungen und -geräte enthalten, die jeweils für ihren Einsatz in Ihrem Liniennetz bzw. in dem Ihres Fahrauftraggebers erforderlich sind. Darüber hinaus müssen sie das AVV-Logo deutlich sichtbar nach folgender Vorgabe tragen:
 - Je Fahrzeug sind zwei AVV-Logo-Aufkleber anzubringen, einer davon (Durchmesser 26,5 cm) im Einstiegsbereich und ein weiterer (Durchmesser 18,0 cm) auf der Fahrzeugrückseite.
 - Soweit möglich, ist der große Aufkleber oberhalb der vorderen Einstiegstür und der kleine Aufkleber oberhalb des Heckfensters anzubringen.
 - Sollte eine Umsetzung in der vorgenannten Weise nicht realisierbar sein (z.B. wegen der Belegung vorgesehener Flächen mit Fahrzeugwerbung oder aufgrund fahrzeugspezifischer Einschränkungen), sind die Logo-Aufkleber nahe der vorgesehenen Orte anzubringen. Abweichungen von den vorgegebenen Formaten sind nur in Abstimmung mit dem Zweckverband AVV in begründeten Fällen zulässig.

4. Die neuen Fördergegenstände sind zweckgebunden einzusetzen. Die Zweckbindungsdauer für die beschafften Fahrzeuge endet nach 10 Jahren oder mit dem Erreichen von 600.000 Kilometern bzw. bei den Kleinbussen nach 7 Jahren oder mit dem Erreichen von 300.000 km. Die zeitliche Bindung beginnt mit dem 01. Juli des Jahres, in dem das Fahrzeug auf den Zuwendungsempfänger zugelassen wurde, die laufleistungsbezogene mit der Inbetriebnahme des Fahrzeuges.

Sie müssen während der Zweckbindungsdauer

- ununterbrochen für Linienverkehr zugelassen sein,
- jährlich zu mindestens % ihrer Betriebsleistung (Fahrplan-kilometer oder Fahrplanstunden) im Linienverkehr nach §§ 42, 43 PBefG oder nach Artikel 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung EWG Nr. 684/92 in der Fassung der Verordnung EWG Nr. 11/98 (einschließlich Nachfolgeregelungen) im Gebiet des Zweckverband AVV eingesetzt werden.

Darüber sind vom Zuwendungsempfänger Nachweise gemäß der beigefügten Anlage zu führen, die beim Zweckverband AVV bis zum 30.06. jeden Jahres für das vorausgegangene Jahr vorzulegen sind.

Die Zweckbindungsdauer für Maßnahmen zur Förderung der Servicequalität gemäß Nr. 3.4 der Richtlinie endet nach 10 Jahren. Sie beginnt mit Vorlage des Verwendungsnachweises.

5. Die Vermietung eines geförderten Gegenstands an ein Verkehrsunternehmen, das die Fördervoraussetzungen gemäß Nrn. 3.3.4 und 4 der AVV-Richtlinie Fahrzeugförderung im Zeitpunkt der Vermietung erfüllt, ist dem ZV AVV vorab schriftlich anzuzeigen. Die gewährte Förderung ist bei der Bemessung der Miete/Pacht angemessen zu berücksichtigen. Die Einbeziehung der um die Zuwendung geminderten Abschreibungsrate in die Kalkulation ist dem ZV AVV nachzuweisen. Der ZV AVV kann die Vorlage der Entwürfe der Miet-/Pachtverträge für die betreffenden Fahrzeuge verlangen, um die Einhaltung der Fördervoraussetzungen zu prüfen. Die Bedingungen und Auflagen des Zuwendungsbescheids sind dem Mieter im Miet-/Pachtverhältnis aufzuerlegen – es haftet gegenüber dem Zweckverband AVV jedoch ausschließlich der Vermieter als Zuwendungsempfänger.

6. Der Zweckverband AVV ist berechtigt, den Fördergegenstand und/oder die Ausstattung von Fahrzeugen und den zweckentsprechenden Einsatz, auch ohne konkreten Prüfanlass, durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen oder durch Inaugenscheinnahme von Fördergegenständen stichprobenhaft zu prüfen; er kann hierfür Beauftragte einsetzen. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, hieran mitzuwirken und ergänzende Auskünfte zu geben. Diese Verpflichtung des Zuwendungsempfängers gilt gleichermaßen gegenüber der Bezirksregierung Köln und deren Beauftragten.

7. Bei der Planung und Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur, der Fahrzeuge sowie des Angebotes des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind die Belange insbesondere von Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, im Sinne der Barrierefreiheit nach dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz zu berücksichtigen (§ 2 Abs. 8 ÖPNVG NRW).

Ebenso ist den Belangen von Frauen, Personen, die Kinder betreuen, Kindern und Fahrradfahrern in geeigneter Weise Rechnung zu tragen.

8. Zu beachten ist das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG-NRW).

9. In Bezug auf Maßnahmen zur Förderung der Servicequalität gemäß Nr. 3.4 der Richtlinie ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, allen Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträgern einen diskriminierungsfreien Zugang zu den geförderten Anlagen und Systemen zu gewähren, sofern dies mit dem Zweckungszweck beim Zuwendungsempfänger vereinbar ist, die Verkehrsunternehmen die Anlagen und Systeme im Rahmen der zu erbringenden Verkehrsleistung im Sinne von Nr. 3.3.4 der Richtlinie benötigen und einen Gemeinschaftstarif gemäß § 5 Abs. 3 ÖPNVG NRW anwenden oder als Subunternehmer für ein solches Unternehmen tätig sind.

10. Die geförderten Gegenstände sind in ein gesondertes Bestandsverzeichnis aufzunehmen. Für Fahrzeuge ist hierfür die vom Zweckverband AVV vorgegebene Fahrzeugliste gem. Anlage 8 der Richtlinie (im Excelformat) maßgeblich.

11. Mit dem Verwendungsnachweis sind in Kopie vorzulegen (Originale sind zur Einsichtnahme vorzuhalten):
 - Beleg(e) über die Auftragsvergabe(n) / Bestellung(en) in Bezug auf geförderte Vorhaben,
 - Beleg(e) über die Auftragsbestätigung vom beauftragten Unternehmen,
 - Genehmigung(en) zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn aller an der Fördermaßnahme beteiligter Aufgabenträger in NRW,
 - Rechnung(en) des Lieferanten,
 - Bestätigung des Fahrzeugherstellers, dass bezogen auf das/die Neufahrzeug(e) der Kriterienkatalog für die Beschaffenheit von Linienomnibussen gemäß Anlage 3 („Obligatorische Ausstattungen“) in der jeweils gültigen Fassung der Richtlinie eingehalten wurde.
 - Bestätigung über geförderte fakultative Zusatzausstattungen,
 - Zulassungsbescheinigung Teil II,
 - Bescheid über die Befreiung von der Kfz-Steuer für Linienomnibusse,
 - Zahlungsbelege über alle Zahlungseingänge und alle Zahlungsausgänge
 - Förderbescheide aller (anderen) beteiligten Aufgabenträger

12. Nach Ablauf der Zweckbindungsdauer kann der Zuwendungsempfänger über den/die bezuschussten Gegenstand/-stände frei verfügen.

13. Die gewährte Zuwendung darf beim Zuwendungsempfänger zu keiner Überkompensation führen. Die Kontrolle, ob eine Überkompensation vorliegt, erfolgt für jedes Förderjahr im Rahmen der Überkompensationsprüfung gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW in ihrer jeweils gültigen Fassung anhand der Ergebnissituation des Verkehrsunternehmens unter Berücksichtigung der bilanziellen Behandlung der Zuwendungen. Für die Rückforderung einer Überkompensation ist die AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW anzuwenden. Für Zuwendungen, die als De-minimis-Beihilfen gemäß der VO 360/2012 gewährt werden, entfällt der Nachweis. Bei Zuwendungen an Auftragsunternehmen ist durch diese sicherzustellen, dass dem Auftraggeber die Förderung eines jeden Fahrzeugs angezeigt und die Höhe der jeweils erhaltenen Zuwendung mitgeteilt wird, sodass die Auftragsvergütung durch den Auftraggeber

entsprechend gemindert oder eine in der Vergangenheit aufgrund der Fahrzeugförderung erfolgte Minderung fortgeführt wird.

Für Zuwendungsempfänger, die eine Zuwendung als gleichgestelltes Unternehmen im Sinne von Nr. 4 Satz 2 der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des ÖPNV erhalten, finden die vorgenannten Bestimmungen zur Überkompensationsprüfung keine Anwendung, wenn diese geförderten Fahrzeuge an Unternehmen gemäß Nr. 4 Satz 1 der AVV-Richtlinie überlassen und den wirtschaftlichen Vorteil der Zuwendung an das nutzende Unternehmen vollumfänglich weiterreichen und dies durch geeignete Unterlagen gegenüber dem Zweckverband AVV nachweisen (z.B. Mietvertrag).

14. Die Zuwendung erfolgt aus Mitteln nach § 8 Abs. 2 des Bundesregionalisierungsgesetzes und ist eine Subvention im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz. Der Zweck der Subvention besteht in der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, wie sie in dem hierzu gestellten Antrag zum Ausdruck kommt.

Alle Angaben im Antrag, den Antragsunterlagen und im Verwendungsnachweis, von denen die Beschaffung, Gewährung, Rückforderung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, sind subventionserhebliche Tatsachen.

15. Die Bewilligung erfolgt unter der Bedingung der Gewährung entsprechender Mittel durch das Land Nordrhein-Westfalen an den Zweckverband AVV.
16. Der Zuwendungsbescheid wird widerrufen und die Zuwendung zurückgefordert, wenn die Bewilligungsbedingungen nicht beachtet oder erfüllt werden.
17. Bei pressewirksamen Veröffentlichungen oder Aktivitäten des Zuwendungsempfängers, die im Wesentlichen mit Mitteln des Zweckverband AVV geförderte Fahrzeuge bzw. sonstige Maßnahmen betreffen, hat der Zuwendungsempfänger auf den Zweckverband AVV als Fördermittelgeber hinzuweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Aachen, Adalbertsteinweg 92, 52070 Aachen erheben. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht Aachen einzureichen oder zur Niederschrift der Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der derzeit gültigen Fassung.

Hinweis: Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Mit freundlichen Grüßen



(Verbandsvorsteher)

Buchmäßiger Nachweis über die gefahrenen km mit dem KOM
(für ab dem Förderjahr 2013 geförderte KOM)



Amtl. Kennzeichen:			Zugelassen am (lt. KFZ-Brief):		
Fahrzeug-ID-Nummer:			Aktenzeichen:		
Aufgabenträger: ZV AVV			Förderjahr:		
Kalender- jahr	Linienverkehr nach §§ 42, 43 PBefG oder nach Artikel 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung EWG Nr. 684/92 in der Fassung der Verordnung EWG Nr. 11/98 (einschließlich Nachfolgeregelungen)		Freigestellter Schüler- verkehr	Gelegenheits- verkehr	Gesamt km-Leistung
	innerhalb des AVV-Gebiets	außerhalb des AVV-Gebiets			
2022					
2023					
2024					
2025					
2026					
2027					
2028					
2029					
2030					
2031					
2032					
2033					
Summe					

Ich versichere an Eides statt, dass die Angaben mit den ordnungsgemäß geführten Unterlagen übereinstimmen.

Die Unterlagen werden zur Überprüfung obiger Angaben zur Verfügung gestellt.

Firmenstempel mit
Anschrift

(Ort/Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift)

(Zuwendungsempfänger)

(Ort, Datum)

Ansprechpartner

Telefon / E-Mail

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund
Geschäftsstelle
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Verwendungsnachweis

für eine Zuwendung gemäß der Richtlinie des Zweckverbands Aachener Verkehrsverbund zur
Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des ÖPNV für das Jahr 20..... zur

Beschaffung von

Durch Zuwendungsbescheid(e) des _____			
vom	Az.:	über Euro
vom	Az.:	über Euro
wurde(n) zur Finanzierung der o.a. Maßnahmen insgesamt bewilligt.		 Euro
Es wurden ausgezahlt		insgesamt Euro

I. Sachbericht

(Kurze Darstellung der durchgeführten Maßnahme, u.a. Beginn, Maßnahmendauer, Abschluss, Erfolg und Auswirkung der Maßnahme, etwaige Abweichungen von den dem Zuwendungsbescheid zugrunde liegenden Planungen und vom Finanzierungsplan)

II. Zahlenmäßiger Nachweis

Lfd. Nr.	Nr. der Belege	Tag der Zahlung	Empfänger sowie Grund der Zahlung	Zuwendungs-fähige Kosten Euro	Ausgaben Euro
			Summe:		

Die folgenden Anlagen

- Beleg(e) über die Auftragsvergabe(n) / Bestellung(en),
- Auftragsbestätigung(en) des / der Hersteller(s) / Lieferanten,
- Genehmigung(en) zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn aller an der Fördermaßnahme beteiligter Aufgabenträger in NRW,
- Rechnung(en) des / der Hersteller(s) / Lieferanten,
- Bestätigung des Fahrzeugherstellers, dass bezogen auf das / die Fahrzeug(e) der Kriterienkatalog für die Beschaffenheit von Linienomnibussen gemäß Anlage 3 („Obligatorische Ausstattungen“) in der jeweils gültigen Fassung der Richtlinie eingehalten wurde,
- Bestätigung des Fahrzeugherstellers in Form einer Auflistung, dass die beantragten und geförderten Ausstattungskomponenten vorhanden sind.¹
- Zulassungsbescheinigung(en) Teil II des / der Fahrzeuge(s),
- Bescheid über die Befreiung von der Kfz-Steuer für das / die Fahrzeug(e),
- Zahlungsbelege über alle Zahlungseingänge,
- Zahlungsbelege über alle Zahlungsausgänge²,
- Förderbescheide aller beteiligten Aufgabenträger,
- Fahrzeugliste (als Excel-Datei und in ausgedruckter und unterschriebener Form)

sind beigefügt.

¹ Auf der Internetseite des Zweckverband AVV steht ein entsprechendes Formular als Download zur Verfügung.

² Aus den von Ihnen eingereichten Unterlagen (i.d.R. Kontoauszüge) muss ersichtlich sein, dass der Kaufpreis für das / die Fahrzeug(e) inkl. MwSt. vollständig an den Hersteller gezahlt worden ist.

Es wird bestätigt, dass

- die neu beschafften Fahrzeuge ordnungsgemäß geliefert wurden,
- die neu beschafften Fahrzeuge den Anforderungen des Kriterienkatalogs für die Beschaffenheit von Linienomnibussen gemäß Anlage 3 („Obligatorische Ausstattungen“) der AVV-Richtlinie zur Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW entsprechen,
- die Allgemeinen und Besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden,
- die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist, und die Angaben im Verwendungsnachweis mit den Büchern und den Belegen übereinstimmen,
- die Inventarisierung der mit der Zuwendung beschafften Gegenstände sowie die Aufnahme in das besondere Bestandsverzeichnis nach Ziffer II.9 der Besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides vorgenommen wurde,
- die im Rahmen dieser Förderung gewährten Zuwendungen aufwandsmindernd bilanziert wurden / werden,
- bei der Vergabe von Aufträgen die Nr. 3 der ANBest-P und die dort in Bezug genommenen vergaberechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

(Ort, Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Ergebnis der Prüfung durch den Zweckverband AVV

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft. Es ergaben sich keine / die nachstehenden *) Beanstandungen.

(Ort, Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen

